

Chancen ungleich verteilt

Die Herausforderungen an die Ausbildung in Corona-Zeiten sind groß und führen erwartungsgemäß zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen

Der Hamburger Vorbereitungsdienst genießt zwar einen guten Ruf und bietet dank der Einrichtung des Personalrats der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und des bewertungsfreien Lehrertrainings auch Räume, Kritik zu üben und Stress zu verarbeiten, dennoch zeigen auch in Hamburg Gefährdungsbeurteilungen immer wieder, dass Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gesundheitlich, psychisch und körperlich stark belastet sind.

Seit diesem Halbjahr kommen zu den normalen Herausforderungen durch relativ hohe Stundenanteile und Seminarzeiten sowie viele (Kleingruppen-) Hospitationen und Prüfungen noch völlig neue Anforderungen des Fernunterrichts und Fernlernens hinzu. Zusätzlich betreuen viele Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst eigene Kinder oder werden in Notbetreuung und

Prüfungsaufsichten eingesetzt. Kurz: Arbeitsbelastung und psychischer Druck sind hoch.

Dabei konnte weder inhaltlich noch systemisch eine Vorbereitung auf diese Situation stattfinden. Auch im sonst eng getakteten und vorstrukturierten Vorbereitungsdienst ist die Ungewissheit hoch. Noch wichtiger als sonst ist daher die Betreuung der Lehrkräfte durch Hauptseminarleiter_innen und Mentor_innen an den Schulen – hier zeigen sich in der Praxis jedoch große Unterschiede, verbindliche Regeln gibt es kaum. Dies führt auch im Bereich des Vorbereitungsdienstes gerade dazu, dass zu den ohnehin sozial ungleich verteilten Chancen nun auch systemische Hürden hinzukommen.

So können einige Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst berichten, dass ihre Betreuung durch die Hauptseminarleitung sofort

auf Videokonferenzen zu Themen wie Selbststeuerung, Motivation und digitalem Lernen umgestellt worden sei. Die Betreuung finde in individualisierten kleinen Lerngruppen statt, es werde sich flexibel digital verabredet, Hospitationsleistungen werden durch offene, lernförderliche Angebote ersetzt. Auch im Hinblick auf Prüfungsleistungen werde beruhigt und motiviert statt terminlich Druck gemacht. Mit den Mentor_innen werde verlässlich kooperiert. Deutet sich hier die berühmte Chance in der Krise an, den Vorbereitungsdienst nachhaltig auf Lernen auszurichten statt auf Prüfungen?

Einige Lehrkräfte zeichnen jedoch ein völlig anderes Bild: Informationen kommen erst spät oder gar nicht, unterstützende Seminarzeiten und Austausch finden nicht statt. Für das nächste Halbjahr sollen viele

Lehrkräfte nun Prüfungstermine für die unterrichtspraktischen Prüfungen angeben, obwohl noch gar nicht klar ist, wie und ob entsprechende Lerngruppen überhaupt in der Schule sein werden. Während dem aktuellen Prüfungsjahrgang statt der unterrichtspraktischen Prüfung eine Ersatzleistung ermöglicht wird, wird im Bereich der Sonderpädagog_innen des folgenden Jahrgangs, die in diesem Halbjahr eine erste Prüfung ablegen müssen, auf zwei praktischen Prüfungen bestanden. Individuelle Lösungen sollen gefunden werden, es hängt auch hier also wieder an der entspre-

Foto: Sofia Kollifotos, Kunstprojekt Christine Graskamp, MBS



chenden Betreuung durch Seminarleitungen. Schriftlich festgehaltene Regeln und Kriterien gibt es nicht, wohl aber den behördlichen Entscheid, dass eine von zwei praktischen Prüfungen durch eine Ersatzleistung erfolgen kann. Warum diese Regelung nicht für Sonderpädagog_innen gilt, ist unklar.

Auch die Mentor_innen an den Schulen sind stärker gefragt als bisher, da die Ersatzleistung nicht wie eine unterrichtspraktische Prüfung in die Note eingeht. Stattdessen steigt der Anteil der Note aus dem Bericht der Schule. Dies bedeutet wiederum, dass die Betreuung durch Men-

tor_innen momentan nicht abreißen darf, im Gegenteil: eigentlich müsste sie noch verstärkt werden. Hinweise hierzu fehlen jedoch. Zudem sorgen sich viele der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, wie auch alle anderen Lehrkräfte, um „ihre“ Kinder in ihren Lerngruppen: Geht es ihnen gut? Kommen sie zurecht? Was ist mit den Kindern, die sich nicht melden oder sehr niedergeschlagen wirken?

Gerade diese Fragen zeigen, dass die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in hohem Maße bereit sind, auch in dieser ungewissen Situation Verantwortung für ihre Schülerinnen und

Schüler zu übernehmen. Da die Bedingungen und Chancen im Vorbereitungsdienst momentan so ungleich sind und die Situation dieser Lehrkräfte teilweise um ein Vielfaches belastender ist als ohnehin schon, ist es wichtig, dass diese Belastungen und Leistungen an den Schulen und in den Seminaren gesehen werden und somit Verantwortung für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst übernommen wird. Lassen wir unsere Kolleginnen und Kollegen nicht allein, bieten wir ihnen Hilfe an und setzen wir uns für Entlastung ein.

LUISE GÜNTHER
Heinrich-Hertz-Schule

HOCHSCHULEN

Rettungsschirm auch für Studierende und Hochschulbeschäftigte

Die GEW hat Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, Studierende und Hochschulbeschäftigte wirksam vor den Auswirkungen der Corona-Krise zu schützen. Der Bundestag müsse den Entwurf für ein Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz entsprechend nachbessern, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Keller anlässlich der Bundestagsdebatte zum Thema. „Bereits im März hat der Bund milliardenschwere Hilfen für Unternehmen und Selbstständige auf den Weg gebracht. Auch Studierende und Hochschulbeschäftigte müssen jetzt endlich einen Platz unter dem Rettungsschirm der Bundesregierung bekommen.“

Viele Studentinnen und Studenten, die wegen der Corona-Krise ihre Jobs verloren haben oder deren Eltern in Kurzarbeit gehen mussten, wüssten nicht, wie sie ihr Studium, ihren Lebensunterhalt und ihre Miete finanzieren sollen. „Es ist höchste

Digitales Sommersemester an der Uni Hamburg

An der Universität Hamburg findet das Sommersemester erstmals fast ausschließlich mit digitalen Lehrangeboten statt. So soll zum Beispiel der Anteil der digitalen Lehre an der Fakultät Erziehungswissenschaften bei 97 Prozent liegen. Auch in den Fächern Medizin und Zahnmedizin würden für alle Veranstaltungen digitale Ersatzangebote zur Verfügung gestellt, teilte die Universität mit. Eine Verlängerung der Vorlesungszeit über den 15.07.2020 hinaus findet nicht statt. Prüfungen sollen soweit wie möglich und grundsätzlich digital durchgeführt werden.

Zeit, dass der Bund sie mit einer unbürokratischen Soforthilfe aus einem Studienfonds unterstützt – die Gelder sollen als Zuschuss fließen, der nicht zurückgezahlt werden muss“, unterstrich der GEW-Vize.

Auch Wissenschaftler_innen und andere Hochschulbeschäftigte seien auf eine wirksame Unterstützung angewiesen. Neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen an Universitäten seien befristet beschäftigt. Sie dürften nicht dafür bestraft werden, dass es im Corona-Semester

Verzögerungen in Forschung und wissenschaftlicher Qualifizierung geben wird. „Es ist zu begrüßen, dass die Koalition die zulässige Befristungsdauer im Wissenschaftszeitvertragsgesetz um sechs Monate erweitern will. Es darf aber nicht von der Willkür der Personalabteilungen der Hochschulen abhängen, ob ein Vertrag verlängert wird: Wir brauchen einen Rechtsanspruch für alle befristet Beschäftigten auf Vertragsverlängerung“, betonte Andreas Keller.

MH